

**abgeschlossen am
24. April 2003**

	<u>Seite</u>
1. Budget-Resolution 2004 verabschiedet	1
2. Nachtragshaushalt zur Deckung der Kosten des Irak-Krieges beschlossen	2
3. Bush im Streit um Steuersenkungspaket kompromissbereit	3
4. Senat gegen Ölförderung in Naturschutzgebiet Alaskas	4
5. Begrenzung von Schmerzensgeld bei Behandlungsfehlern umstritten	5
6. Streit um Fortschreibung von Anti-Terror-Maßnahmen	6
7. Sanktionen gegen Syrien gefordert	7
8. Bush-Initiative zur Förderung kirchlicher Sozialarbeit beschnitten	8
9. Republikanischer Senator Fitzgerald kündigt Ausscheiden an	8

4/2003

0. Der Congress befindet sich seit dem 12. April 2003 in seiner traditionellen Osterpause und wird seine Arbeit am 28. April wieder aufnehmen.

1. Budget-Resolution 2004 verabschiedet

Nach schwierigen Verhandlungen vor allem über die perspektivische Höhe eines von Präsident Bush vorgeschlagenen Steuersenkungspakets (siehe dazu im einzelnen Punkt 3) haben Repräsentantenhaus und Senat am 10./11. April 2003 die Budget-Resolution für das Haushaltsjahr 2004 verabschiedet. Sie gibt

- den groben Finanzrahmen für die Arbeit der Bewilligungsausschüsse in beiden Kammern vor und hat ein Gesamtvolumen von 2,27 Billionen USD.

Während das Repräsentantenhaus der Entscheidung mit 216:211 Stimmen zustimmte, konnte eine Pattsituation im Senat gemäß Artikel 1, Abschnitt 3 der amerikanischen Verfassung erst durch die Stimmabgabe von Vizepräsident Cheney aufgelöst werden, so dass der Senat der Verabschiedung der Budget-Resolution 2004 am Ende doch zustimmte.

Die Budget-Resolution ist zwar mit Blick auf die Haushalts- und Steuerfestlegungen schlussendlich nicht bindend, macht aber wichtige Makroaussagen für den jährlichen Budgetbewilligungsprozess durch den Congress.

Insgesamt geht die Budget-Resolution von einem Defizit von 385 Mrd. USD im amerikanischen Bundeshaushalt 2004 aus und sieht vor, den Umfang der von Bush anvisierten Steuersenkungen von ursprünglich 726 Mrd. USD während eines Zeitraumes von 10 Jahren auf maximal 350 Mrd. USD zu kürzen.

Neben der Halbierung des Steuersenkungspakets des Präsidenten empfiehlt sie die Steigerungsraten im Bereich des *discretionary spending* auf maximal 3 Prozent zu begrenzen. Diesem Ausgabenbereich steht das sogenannte *mandatory spending* gegenüber, bei dem der Congress auf Grund von gesetzlichen Festlegungen („entitlements“) für Bundesprogramme wie *Social Security*, *Medicare* und *Medicaid* oder die Schuldentilgung gebunden ist.

Im Haushaltsjahr 2004 sind für *discretionary programs* im Rahmen der Budget-Resolution Bundesausgaben in Höhe von 785 Mrd. USD vorgesehen, wovon allerdings 400 Mrd. USD dem ebenfalls in diesem Ausgabenbereich angesiedelten Rüstungshaushalt zugewiesen werden sollen.

Inwieweit dies mit Blick auf den Präsidentschaftswahlkampf 2004 eine Debatte über die Ausgabenprioritäten des Bundes zwischen Sicherheit und Wohlfahrt befördern wird, bleibt abzuwarten.

2. Nachtragshaushalt zur Deckung der Kosten des Irak-Krieges beschlossen

Der Congress hat am 12. April 2003 einen Nachtragshaushalt verabschiedet, mit dem die Kosten des Irak-Krieges gedeckt werden sollen.

Die sogenannte „supplemental bill“ (H.R. 1559) hat ein Gesamtvolumen

- von 78,5 Mrd. USD, wovon 62 Mrd. USD dem Verteidigungsministerium zufließen werden, das allein für die Deckung der direkten Kosten des Irak-Krieges 53 Mrd. USD angefordert hat.

Der Nachtragshaushalt war zwischen Präsident und Congress zunächst umstritten, weil die Administration eine Blanko-Bewilligung für ihre Mittelforderung verlangt hatte. Der Handlungsspielraum des Präsidenten, begründete Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld den verfassungspolitisch kühnen Vorstoß, dürfe in einer nationalen Krisensituation nicht eingeschränkt werden.

Gemeint war der Krieg gegen den Irak, der aus Gründen der nationalen Sicherheit ein hohes Maß an budgetpolitischer Flexibilität erfordere. Dem mochte sich der Congress mit Blick auf die ihm durch die Verfassung zugewiesene Budgethoheit - trotz der hohen Zustimmungswerte der Öffentlichkeit zur Kriegspolitik des Präsidenten - nicht ohne weiteres anschließen. Die Administration hat einen „blank check“ verlangt, so David R. Obey (Wis.), der führende Demokrat im Bewilligungsausschuss des Repräsentantenhauses, selbstbewusst, und wir haben ihr „checks and balances“ gegeben.

Faktisch bewilligte die Legislative im Rahmen ihrer Mittelzuweisung für das Pentagon doch 9 Mrd. USD blanko. Für die restlichen 53 Mrd. USD beharrte sie allerdings auf einer Einzelbewilligung für Haushaltsposten wie Treibstoffversorgung, Munition oder Unterstützung der Koalitionspartner.

Gleichwohl sprachen einige Kritiker der Bewilligungsentscheidung wie der demokratische Senator Christopher J. Dodd (Conn.) von einem offensichtlichen „power grab“ des Präsidenten. Auch Republikaner wie David L. Hobson (Ohio) im Repräsentantenhaus mochten sich dieser Argumentation nicht gänzlich verschließen und verwiesen auf die unantastbare Budgethoheit der gesetzgebenden Gewalt auch in Krisensituationen. „Wir sind dafür verantwortlich, dass die von den Verfassungsgebern entworfene Balance“ zwischen der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt aufrecht erhalten wird, so der Republikaner, der allerdings im selben Atemzug eingestand, dass dies in Kriegszeiten leichter gesagt als getan ist.

Senator Robert C. Byrd (W.Va.), führender Demokrat im Bewilligungsausschuss, ging einen Schritt weiter und warf der Administration vor, die Balance zwischen Kapitol und Weißem Haus „bei jeder sich bietenden Gelegenheit“ zugunsten des Präsidenten verschieben zu wollen. Seine Parlamentskollegen forderte er auf, die „power of the purse“ zu verteidigen. Vor diesem Hintergrund verweigerte der Congress dann im Rahmen des Nachtragshaushalts die geforderte Blanko-Bewilligung über Mittel in Hö-

he von 1,5 Mrd. USD für das neu geschaffene Ministerium für innere Sicherheit. Auch Justizminister John Ashcroft konnte sich mit seiner Forderung nach 500 Mio. USD für einen unspezifizierten Topf zur Terrorismusbekämpfung nicht durchsetzen. Umgekehrt wurden dem Pentagon auf Betreiben von Vizepräsident Dick Cheney und mit Verweis „auf die besonderen Umstände im Irak“ 2,4 Mrd. USD blanko für „Wiederaufbaumaßnahmen“ zugewiesen.

Seit dem 11. September ist der Schatten der imperialen Präsidentschaft länger geworden. Wie schon oft zuvor in der amerikanischen Geschichte nutzt auch Präsident Bush die Krisensituation, um seinen Dominanzanspruch gegenüber dem Congress anzumelden – und der hat dem bisher wenig entgegen gesetzt.

3. Bush im Streit um Steuersenkungspaket kompromissbereit

Präsident Bush hat Mitte April 2003 erstmals signalisiert, dass er zur Durchsetzung seines Anfang des Jahres vorgelegten Steuersenkungspakets (vgl. CR 1/2003, S. 1) zu substantiellen Kompromissen gegenüber dem Congress bereit ist. Bis dahin hatte er wiederholt betont, dass umfangreiche Steuersenkungen unverzichtbar sind, um die Konjunktur zu stärken.

Die Gegner der Vorschläge Bushs hatten jedoch ungeachtet der im Zuge des Irak-Kriegs deutlich gestiegenen Popularität des Präsidenten deutlich gemacht, dass sie den ursprünglich anvisierten Steuersenkungen in Höhe von 726 Mrd. USD während eines Zeitraumes von 10 Jahren nicht folgen wollen.

Zwar hatte das Repräsentantenhaus Ende März 2003 mit knapper Mehrheit der Budget-Resolution 2004 zugestimmt (vgl. Punkt 1), die Bushs Steuersenkungspläne im Großen und Ganzen befürwortete. Dem widersetzte sich jedoch der Senat, in dem die Demokraten einen Änderungsantrag zur Budget-Resolution durchsetzen konnten, der das vom Weißen Haus vorgesehene Gesamtvolumen der Steuersenkungen auf 350 Mrd. USD verringern würde.

Für eine Halbierung der Steuerkürzungen stimmten neben 47 Demokraten, der parteiunabhängige Senator James M. Jeffords (I-Vt.) sowie die drei republikanischen Senatoren Lincoln D. Chafee (R.I.), Olympia J. Snowe (Maine) und George V. Voinovich (Ohio). Gegen die Begrenzung sprachen sich 47 Republikaner sowie der demokratische Senator Zell Miller (Ga.) aus.

In Reaktion auf die unterschiedlichen Rahmenvorgaben von Repräsentantenhaus und Senat verständigten sich die republikanischen Parteiführungen der beiden Kammern in Absprache mit der Administration dann zunächst darauf, den Umfang des Steuersenkungspakets auf 550 Mrd. USD während eines Zeitraumes von 10 Jahren zu begrenzen.

Allerdings erwies sich auch der vom Vermittlungsausschuss von Repräsentantenhaus und Senat vorgelegte Kompromissvorschlag als nicht mehrheitsfähig. Der republikanischen Senatsführung um den neuen *Majority Leader* Bill Frist (Tenn.) gelang die knappe Durchsetzung der Budget-Resolution im Senat am Ende nur, nachdem den linken Abweichlern aus der eigenen Partei ein Festhalten an der Obergrenze von 350 Mrd. USD zugesagt wurde. Weitergehende Steuersenkungen, erklärte Charles E. Grassley (R-Iowa), der Vorsitzende des Finanzausschusses in der Aussprache im Plenum, seien nicht durchsetzbar.

Im Repräsentantenhaus reagierte die republikanische Parteiführung, die von ihren Senatskollegen nicht über die Absprachen informiert worden war, überaus kritisch. Auch die Administration beeilte sich festzustellen, dass sie an dem ursprünglichen Kompromissvorschlag (der Steuerkürzungen in Höhe von 550 Mrd. USD vorsieht) festhalten will.

Bleibe es bei einer Obergrenze von 350 Mrd. USD, hätte insbesondere die von der Administration vorgeschlagene, in Teilen kontroverse Abschaffung der Doppelbesteuerung von Dividenden kaum noch eine Chance auf Verabschiedung. Dagegen genießen die vorgesehenen Absenkungen der Einkommenssteuern in beiden Parteien eine breitere Unterstützung.

Prinzipiell kann sich der Congress zwar über die Vorgaben der Budget-Resolution hinwegsetzen und später höhere Steuersenkungen beschließen. Allerdings bedürfte es im Senat dazu einer Dreifünftel-Mehrheit, um eine drohende Blockade durch Filibuster mittels Cloture beenden und eine Abstimmung herbeiführen zu können.

Gerade das ist angesichts des vehementen Widerstands der Demokraten und der republikanischen Abweichler im Senat aber wenig wahrscheinlich. Damit zeichnet sich in der Steuerdebatte ein empfindlicher Rückschlag für das innenpolitische Programm der Bush-Administration ab.

4. Senat gegen Ölförderung in Naturschutzgebiet Alaskas

Der Senat hat es am 19. März 2003 mit knapper Mehrheit abgelehnt, die Ausbeutung von Erdölvorkommen in Alaskas *Arctic National Wildlife Refuge* (ANWR) zu erlauben.

52 Senatoren stimmten gegen die Erteilung einer Erlaubnis, 48 dafür. In der Abstimmung schlossen sich acht Republikaner der Mehrheit der demokratischen Fraktion an, die sich gegen eine Sondergenehmigung stark machte. Hingegen stimmten fünf Demokraten mit der Mehrheit der republikanischen Fraktion für eine Öffnung des Naturschutzraumes für die Ölförderung.

Die Erschließung der Energievorkommen in den staatlich geschützten Naturräumen ist ein zentraler Bestandteil von Bushs umfassendem Energieversorgungsplan, den er kurz nach seinem Amtsantritt 2001 vorgestellt hat (vgl. CR 5/2001, S. 8).

Während der Senat sich gegen die Ölförderung in Alaskas Naturschutzgebieten sperrt, sprach sich das Repräsentantenhaus am 11. April 2003 mit 247 gegen 175 Stimmen für eine Gesetzesvorlage aus, die Bushs Energieplan nahezu vollständig folgen würde.

Im Senat war ein erster Versuch, die Genehmigung der Ölexploration durchzusetzen, bereits im vergangenen Jahr gescheitert (vgl. CR 4/2002, S. 4). Dieses Jahr hatten die Befürworter gehofft, nach dem Mehrheitswechsel im Senat und unter dem Eindruck der gegenwärtig hohen Energiepreise, eine Mehrheit für ihren Vorstoß gewinnen zu können.

Die Gegner der Öffnung des ANWR zeigten sich unbeeindruckt und hielten daran fest, dass der geringe Umfang der Ölreserven die irreparable Schädigung des Naturreservats keinesfalls rechtfertigen könne.

Selbst die Drohungen von Ted Stevens - Republikaner aus Alaska und mächtiger Vorsitzender des Bewilligungsausschusses im Senat - der über die Vergabe von Mitteln für Projekte in den Einzelstaaten entscheidet, konnten die Niederlage nicht abwenden.

Ungeachtet der erneuten Niederlage, die den Einfluss der Umweltschutzlobbies bis weit in die Reihen der republikanischen Fraktionen im Congress unterstreicht, wollen die Administration und die republikanischen Parteispitzen die Vorlage nochmals einbringen und eine Entscheidung erzwingen.

5. Begrenzung von Schmerzensgeld bei Behandlungsfehlern umstritten

Die vom Repräsentantenhaus mit den Stimmen der republikanischen Mehrheit im März 2003 verabschiedete Gesetzesvorlage zur Begrenzung von Schmerzensgeldzahlungen bei medizinischen Behandlungsfehlern (*Medical Malpractice Insurance Reform*, vgl. CR 3/2003, S. 4) hat gegenwärtig keine Chance auf Annahme durch den Senat.

Die einzige öffentliche Befürworterin einer bundesstaatlichen Begrenzung von Kompensationszahlungen an Patienten auf demokratischer Seite, die Senatorin Dianne Feinstein (Cal.), hat Ende März eine von ihr eingebrachte Kompromissvorlage überraschend zurückgezogen. Damit fehlt für einen eventuellen Kompromiss zwischen den Parteien zumindest vorläufig die Verhandlungsgrundlage.

Der Gesetzentwurf Feinsteins unterschied sich in wesentlichen Punkten von dem des Repräsentantenhauses, der in den zentralen Eckpunkten einem Vorschlag Präsident Bushs folgte. Während dieser Gesetzentwurf eine feste Obergrenze von 250.000 USD

für Schmerzensgeldzahlungen vorsieht, hatte die Feinstein-Vorlage die Grenze bei 500.000 USD angesetzt und Ausnahmen bei Verstümmelung oder Tod des Patienten anvisiert.

Gegen Feinsteins Vorlage hatte sich allerdings die *American Medical Association* (AMA), der mitgliederstärkste US-amerikanische Ärzteverband, stark gemacht, der die republikanische Version favorisiert.

Feinstein sah vor diesem Hintergrund keine Chance für die Annahme ihres Vorschlags. Außerdem soll es zwischen der republikanischen Senatsführung um Bill Frist (Tenn.) und den führenden Demokraten in den für Gesundheitsfragen zuständigen Ausschüssen zu ernststen Meinungsverschiedenheiten gekommen sein. Die Demokraten sperren sich offensichtlich dagegen, dass eine diesbezügliche Gesetzesvorlage ohne vorherige Beratung durch die Ausschüsse im Plenum zur Abstimmung gebracht werden soll.

Die Befürworter einer Begrenzung von Schmerzensgeldzahlungen, die die enormen Kostensteigerungen für medizinische Haftpflichtversicherungen eindämmen soll, wollen allerdings nicht aufgeben, sondern setzen auf weitere Verhandlungen.

6. Streit um Fortschreibung von Anti-Terror-Maßnahmen

In Abstimmung mit der Bush-Administration wollen die republikanischen Fraktionen im Congress in den kommenden Monaten eine permanente Festschreibung der unter dem Eindruck der Terror-Anschläge im September 2001 beschlossenen Anti-Terror-Maßnahmen durchsetzen (vgl. CR 9/2001, S. 4).

Die mit dem *Patriot Act* im Oktober 2001 verabschiedeten Ausweitungen der Kompetenzen von Bundespolizei und Geheimdiensten (vgl. CR 10/2001), die insbesondere die Rechte zur elektronischen Überwachung erheblich erweitert haben, sind in wesentlichen Teilen auf fünf Jahre befristet und laufen Ende 2005 aus.

Unter der Federführung von Orrin G. Hatch (R-Utah) wollen die Republikaner zunächst im Senat eine Gesetzesvorlage einbringen, die die vorgesehenen Fristen aussetzt.

Die Demokraten im Congress haben allerdings kritisch auf diesen Vorstoß reagiert. Sie monieren vor allem die bisher unzureichenden Informationen über die Nutzung der Sonderkompetenzen zur erfolgreichen Terrorismusbekämpfung durch das Justizministerium unter dem früheren Senator John Ashcroft.

Liberale wie konservative Kritiker der einschneidenden Eingriffe in persönliche Freiheiten der US-Bürger hatten dem Sicherheitsgesetz nur unter dem Vorbehalt einer Befristung und Erfolgsüberprüfung zugestimmt.

Gegenüber dem republikanischen Vorstoß, die neuen Kompetenzen ohne Änderungen fortzuschreiben, setzen die Demokraten auf eine gemeinsam von Senator Jon Kyl (R-Ariz.) und Charles E. Schumer (D-N.Y.) ausgearbeitete zwischenparteiliche Kompromissvorlage, die eine teilweise Revision und Entschärfung der Sicherheitsbestimmungen vorsieht.

Nicht unwahrscheinlich ist, dass das Thema innere Sicherheit nun im Vorfeld der Wahlen 2004 zunehmend für die Zwecke der parteipolitischen Profilierung instrumentalisiert wird. Die Republikaner führen in Meinungsumfragen in diesem Politikbereich mit deutlichem Vorsprung vor den oppositionellen Demokraten.

7. Sanktionen gegen Syrien gefordert

Im Congress mehren sich jene Stimmen in beiden Parteien, die scharfe Sanktionen gegen Syrien verlangen. Auf diese Weise soll die Regierung in Damaskus gezwungen werden, die ihr vorgeworfene Unterstützung des internationalen Terrorismus aufzugeben und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen einzustellen. Dies ist der Vorwurf, der seit dem Ende des Irak-Krieges auch auf Seiten der Administration sehr explizit im Raum steht.

Syrien bestreitet diese Vorwürfe vehement und hat sich zu internationalen Waffeninspektionen bereit erklärt, falls alle anderen Staaten in der Region solchen Überprüfungen ebenfalls zustimmen. Gemeint ist insbesondere Israel, das über Massenvernichtungswaffen verfügt.

„Ich glaube, dass es jetzt an der Zeit ist, dass wir gegenüber Syrien hart auftreten“, griff Mitte April 2003 Eliot L. Engel (D-N.Y.) im Repräsentantenhaus das Thema auf und brachte den „Syria Accountability Act“ ein. Unterstützung erhielt er von seinem Fraktionsgeschäftsführer Steny H. Hoyer (Md.), der zwar betonte, „dass die USA sich nicht in den Krieg mit der Welt begeben können und sollen“, aber gegenüber Syrien durchaus einen Politikwechsel vornehmen müssen.

Im Senat stieß der konservative Republikaner Rick Santorum (Penn.) in dasselbe Horn und erinnerte daran, dass er gemeinsam mit seiner demokratischen Senatskollegin Barbara Boxer (Cal.) bereits im vergangenen Jahr eine härtere Gangart gegenüber der syrischen Regierung angemahnt hatte. „Syria“, so der Senator, „is a very bad actor.“

Die Bush-Administration hatte das Land nach dem 11. September 2001 gemeinsam mit dem Irak, Iran, Nordkorea und dem Sudan der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen bezichtigt und einer Gruppe von „Schurkenstaaten“ zugeordnet.

8. Bush-Initiative zur Förderung kirchlicher Sozialarbeit beschnitten

Senator Rick Santorum (R-Pa.), der für die Bush-Administration den Vorschlag eines Ausbaus der staatlichen Förderung kirchlich-religiöser Sozialarbeit im Congress eingebracht hat, kündigte Ende März 2003 die Aushandlung eines neuen Kompromisses zwischen den Parteien an, der die Initiative des Präsidenten drastisch beschneiden und entschärfen soll.

Bushs Vorschlag, kirchlichen und religiösen Gruppen, die sich im sozialen Bereich engagieren, den Zugriff auf staatliche Fördermittel zu erleichtern und sie durch spezielle Steuervergünstigungen für Spenden zu fördern (vgl. CR 3/2001, S. 7), war zunächst auf breite Unterstützung in beiden Parteien gestoßen.

Im Zuge der Ausarbeitung der Gesetzesvorlage erwiesen sich jedoch vor allem

- die Ausnahme kirchlich-religiöser Organisationen von Antidiskriminierungsbestimmungen des Bundes sowie
- die Verbindung von Sozialarbeit und religiöser Missionsarbeit

als grundsätzliche Streitpunkte, die die Ausarbeitung einer mehrheitsfähigen Vorlage verhinderten (vgl. CR 2/2002, S. 8).

Der nun vorgelegte Kompromiss klammert die zentralen Eckpunkte der Bush-Initiative aus und beschränkt sich auf zusätzliche Steuervergünstigungen insbesondere für Spenden an sogenannte „faith-based initiatives“.

Präsident Bush muss damit bei einem seiner wichtigsten programmatischen Vorschläge, der seinen Anspruch untermauern soll, einen neuen, sozial engagierten Konservatismus (*compassionate conservatism*) zu vertreten, einen herben Rückschlag hinnehmen.

Konservative Befürworter der Initiative begrüßten jedoch die im jetzt vorgelegten Kompromissvorschlag enthaltenen zusätzlichen Fördermittel für die Arbeit kirchlich-religiöser Gruppen.

9. Republikanischer Senator Fitzgerald kündigt Ausscheiden an

Im Senat hat der Republikaner Peter G. Fitzgerald (Ill.) angekündigt, dass er sich nach nur einer Amtsperiode im nächsten Jahr nicht um eine Wiederwahl bewerben und aus der Politik zurückziehen will.

Fitzgerald, der sich gegen die Demokratin Carol Mossley Brown, die erste Afroamerikanerin im Senat, durchgesetzt hatte, gab für seine Entscheidung private Gründe an.

Faktisch gilt er aber wegen einiger politischer Positionen in seinem Bundesstaat Illinois als sehr verwundbar. So hatte sich der Republikaner gegen die Unterstützung lokaler Projekte wie den Ausbau des internationalen Flughafens in Chicago ausgesprochen und war dadurch innerhalb seiner Partei zunehmend ins Abseits geraten.

Fitzgerald ist neben Zell Miller (Ga.) der zweite republikanische Amtsinhaber im Senat, der auf eine erneute Kandidatur verzichten will. Inwieweit das die Chancen der Republikaner beeinflussen könnte, ihre ohnehin sehr knappe Mehrheit im Senat zu verteidigen, bleibt abzuwarten. Gegenwärtig verfügen die Republikaner über die Mehrheit von 51 Sitzen in der Kammer, während die Demokraten 48 Sitze kontrollieren. Mit Senator James M. Jeffords (Vt.), der im Juni 2001 aus Protest gegen die Politik Bushs aus der republikanischen Partei ausgetreten ist (vgl. CR 6-7/2001, S. 1), sitzt darüber hinaus noch ein Unabhängiger im Senat.